

montagna

Die Zeitschrift für das Berggebiet | La rivista per le regioni di montagna
La revue pour les régions de montagnes | La rivista per las regions da muntogna



11 | 2020

Die SAB und die internationale Zusammenarbeit
Le SAB et la coopération internationale
Il SAB e la cooperazione internazionale



Wie weiter nach dem Nein zum Jagdgesetz?

Nach dem Nein zum Jagdgesetz stellen sich eine ganze Reihe von Fragen. Wie soll nun die Wolfsproblematik gelöst werden? Wie kann verhindert werden, dass zahlreiche Bäuerinnen und Bauern frustriert ihren Betrieb aufgeben? Welche Auswirkungen hat die Abstimmung auf das Verhältnis Stadt – Land?

Thomas Egger – SAB – Seilerstrasse 4 – 3001 Bern

Nun ist es doch geschehen. 51.9% der Schweizer Stimmbevölkerung haben das revidierte Jagdgesetz in der Abstimmung vom 27. September 2020 abgelehnt. Fast 20 Jahre sind vergangen, seit der damalige Ständerat und SAB-Präsident Theo Maissen den ersten Vorstoss zum Wolf eingereicht hatte. Fast 20 Jahre intensiver und oft sehr emotionaler politischer Debatten, Morddrohungen inklusive. Als Theo Maissen seinen Vorstoss machte, wurde er selbst von Berggebietsvertretern aus anderen Kantonen noch belächelt. Das sei doch nicht so schlimm, so ein einzelner Wolf. Doch kaum tauchte ein Wolf in einem anderen Kanton auf, kippte die Meinung. Der Wolfsbestand hat sich im Berggebiet seither exponentiell vermehrt. Rund 100 Wölfe sind es inzwischen. So kam denn auch aus dem Berggebiet ein klares Ja zum Jagdgesetz. Ganz anders in den urbanen Kantonen.

Erinnerungen an Zweitwohnungsinitiative

Die Abstimmung vom 27. September weist damit praktisch die genau gleichen Muster auf wie jene vom 11. März 2012 zur Zweitwohnungsinitiative. Betroffene gegen nicht Betroffene. Urbane gegen ländliche Schweiz. Romantisierende Aussen-sicht gegen realistische Innensicht. Die Ablehnung des Jagdgesetzes hat damit eine staatspolitische Dimension, die über die reine Sachfrage hinaus geht. Spielt die Solidarität in diesem Land noch? Können Stadt und Land noch zusammen und wie sieht es mit den Agglomerationen

dazwischen aus? Diese Fragen müssen erstlich diskutiert werden. Und wenn der Städteverband immer wieder fordert, der Ständerat müsse anders zusammengesetzt werden, dann gilt es dem klar entgegen zu halten. Der Ständerat sorgt im Zweikammer-System des Parlamentes dafür, dass auch die Anliegen der kleinen und bevölkerungsschwachen Kantone gehört werden. Zwischen National- und Ständerat findet ein Austarieren statt, welches für das Zusammenleben in diesem Bundesstaat essentiell ist.

Ein explosiver Mix

Für die Ablehnung des Jagdgesetzes waren verschiedene Faktoren entscheidend. Der Mix von fünf Vorlagen hat dazu geführt, dass insbesondere in den Städten viele Leute mobilisiert wurden. Damit haben Stimmbürger teilgenommen, die tendenziell eher links stimmen. Das erklärt auch den Beinahe-Absturz der Kampfjet-Vorlage, nachdem vorher alle Prognosen ein gutes Resultat vorausgesagt hatten. Eine wichtige Rolle spielten auch einmal mehr die Medien. Leitmedien wie das Schweizer Fernsehen und der Blick führen eine massive Kampagne für den Wolf und gegen das Jagdgesetz. Und massiv war auch der Abstimmungskampf der Umweltverbände. Ihnen ging es offensichtlich um die Positionierung für kommende Abstimmungen (Trinkwasserinitiative, Pestizidinitiative usw.). Die Umweltverbände durften diesen Kampf nicht verlieren und haben mit einer millionenschweren «Kampagne im Konjunktiv», welche auf Ver-

mutungen und Behauptungen basierte, die Stimmbürger hinters Licht geführt und die Bergbäuerinnen und Bergbauern ins Abseits manövriert.

Wie weiter?

Manche Bäuerin, mancher Bauer wird sich nun frustriert fragen: soll ich meinen Betrieb aufgeben? Damit dies nicht geschieht, müssen unverzüglich drei Dinge an die Hand genommen werden:

- 1) Im Rahmen des bestehenden Jagdgesetzes müssen neue Regeln für den Umgang mit dem Wolf gefunden werden. Durch Anpassungen auf Verordnungsstufe kann schon viel erreicht werden. So muss z.B. die Zahl der Risse, welche zu einem Abschuss führen, herunter gesetzt werden. Ferner muss jegliche Gefährdung von Menschen verhindert werden.
- 2) Der Herdenschutz muss verstärkt werden. Die zusätzlichen Aufwendungen sind vollumfänglich durch den Bund zu tragen. Im Abstimmungskampf wurde von den Gegnern immer betont, dass der Artenschutz eine Bundeskompetenz bleiben müsse. Also muss folglich auch der Herdenschutz vollumfänglich durch den Bund entschädigt werden.
- 3) Damit die Landwirtschaftsbetriebe nicht aufgeben, braucht es zudem flankierende Massnahmen in der Agrarpolitik. Dazu gehört z.B. ein verstärktes Engagement des Bundes für seltene Rassen wie die Schwarznasenschafe und bessere Rahmenbedingungen für die Nebenerwerbslandwirtschaft.

Die SAB ist der Meinung, dass rasch gehandelt werden muss, um den Umgang mit dem Wolf zu klären.

(www.protectiondestroupeaux.ch)



Und langfristig?

Langfristig wird es aber vor allem darum gehen, den Stadt – Land Graben wieder zu überbrücken. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga erklärte am Abend des 27. September 2020, das Nein zum Jagdgesetz sei kein Nein gegen die Bergbevölkerung. Es sei wichtig, dass die Bergbevölkerung auch mit Massnahmen unterstützt werde und erwähnte dabei explizit eine gute Grundversorgung. Aus Sicht der SAB steht der Bundesrat in der Pflicht, sein Engagement zu Gunsten der Berggebiete zu verstärken. Dazu gehört neben der Stärkung der Grundversorgung auch eine verstärkte Ausrichtung der Regionalpolitik des Bundes auf die schwächsten Regionen. Uns als Akteuren der Berggebiete muss es zudem gelingen, unsere Anliegen der städtischen Bevölkerung zu vermitteln. Eine Landesausstellung 2027 im Berggebiet, wie sie derzeit angedacht wird, könnte dazu eine ideale Gelegenheit sein.

RÉSUMÉ

Quelles solutions après le « non » à la loi sur la chasse ?

Après le non à la loi sur la chasse, avec 51,9% de voix, il est temps de régler certaines questions, au sujet de la problématique du loup, de l'avenir des agricultrices et agriculteurs, ainsi qu'au niveau des relations villes – campagnes. Il s'agit no-

tamment de trouver des solutions, par le biais des propositions figurant ci-dessous :

1. La gestion du loup doit pouvoir être réglée en adaptant la législation actuelle, notamment en abaissant le nombre de ses victimes donnant droit à un tir.

2. La Confédération doit renforcer et financer des mesures de protection des troupeaux.

3. Des mesures d'accompagnement doivent être introduites pour éviter que les agricultrices et agriculteurs, frappés par cette problématique, finissent par abandonner leur exploitation.

D'autre part, il faut éviter l'apparition d'un fossé villes – campagnes, en offrant aux populations de montagne des perspectives de développement. Ces dernières, pour lesquelles le SAB s'engage inlassablement, passe par un renforcement du service universel, notamment par le biais d'une politique régionale orientée sur les régions à faible potentiel économique.

RIASSUNTO

Quali soluzioni dopo il « no » alla legge sulla caccia ?

Dopo il no alla legge sulla caccia, con il 51,9% dei voti, è tempo di porsi alcune domande sulle problematiche legate al lupo, del futuro degli agricoltori, nonché sui rapporti tra città e campagna. Riguardo questi primi due punti, si tratta di trovare

delle soluzioni trattando tre argomenti :

1. La gestione del lupo deve poter essere regolata adattando la legislazione vigente, in particolare, abbassando il numero delle sue vittime che danno diritto all'abbattimento.

2. La Confederazione deve rafforzare e finanziare delle misure di protezione delle greggi.

3. Devono essere introdotte delle misure di accompagnamento per evitare che gli agricoltori, colpiti da questa problematica, finiscano per abbandonare le loro aziende.

D'altra parte, bisogna evitare la comparsa di un fossato città – campagna, offrendo alle popolazioni di montagna delle prospettive di sviluppo. Queste ultime, per le quali il SAB s'impegna instancabilmente, richiedono un rafforzamento del servizio universale, in particolare attraverso una politica regionale orientata sulle regioni a debole potenziale economico.